

Posteimer Zeitung



und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Idstein.

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:

Die 77 mm breite Zeile 50 Pfg.
Kleinanzeige 100 Pfg.

Anzeigen haben in der in Stadt und Land gut verbreiteten
„Posteimer Zeitung“ — Auflage 2200 — besten Erfolg.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein.

Fernsprecher Nr. 11.

Bezugspreis
monatlich 1.75 M mit Bringerlohn.
Durch die Post bezogen:
— vierteljährlich 4.50 Mark —
— ohne Bestellgeld —
— gegen Vorzahlung —

Nr. 68.

Donnerstag, den 10. Juni

1920.

Politisches.

Berlin, 8. Juni. (W.-B.) Das Reichskabinett hat sich heute mittag um 12 Uhr versammelt und dem Reichspräsidenten seine Demission angeboten. Der Reichspräsident hat sie angenommen und die Minister gebeten, bis auf weiteres ihre Geschäfte weiter zu führen. Außerdem hat er den Reichskanzler ersucht, darauf hinzuwirken, daß eine möglichst beschleunigte Feststellung des Wahlergebnisses erfolgt und die Einberufung des Reichstages möglichst bald stattfinden möge.

Die Reichstagswahlen.

Das vorläufige Ergebnis.

Berlin, 8. Juni. (Wolff.) Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, sind bei den Wahlen zum Reichstag nach den vorläufigen amtlichen Meldungen, die beim Reichswahlleiter eingelaufen sind, insgesamt 25 719 067 Stimmen abgegeben worden. Davon entfallen auf die Sozialdemokraten 5 531 157, die Unabhängigen 4 809 862, die Deutschnationale Volkspartei 3 638 851, die Dtsch. Vpt. 3 456 131, das Zentrum 3 500 800, die Deutschen Demokraten 2 152 509, die christlich-föderalistische Liste (Bayerische Volkspartei und christliche Volkspartei) 1 254 963, die Kommunistische Partei 438 199, die Deutsch-hannoversche Partei 318 104 Stimmen. Auf Grund dieses Stimmenverhältnisses sind mit Berücksichtigung der Verteilung der Reststimmen auf die Verbandswahlkreise und die Reichsliste 418 Abgeordnete gewählt worden, und zwar: 92 der sozialdemokratischen Partei, 58 des Zentrums, 36 der deutschen Demokraten, 61 der Deutschnationalen Volkspartei, 59 der Deutschen Volkspartei, 80 der Unabhängigen, 2 der Kommunistischen Partei, 4 des Bayerischen Bauernbundes, 5 der Deutsch-hannoverschen Partei und 21 der christlich-föderalistischen Liste. Bei der Berechnung ergab sich, daß von den Reststimmen über 30 000 je ein Mandat auf die deutschen Demokraten, die deutsch-nationale Volkspartei und die christlich-föderalistische Liste entfällt. Im übrigen verteilen sich die Reststimmen folgendermaßen: 11 157 Sozialdemokraten, 20 800 Zentrum, 22 509 Demokraten, 8851 deutsch-nationale Volkspartei, 16 131 deutsche Volkspartei, 9862 Unabhängige, 15 763 christlich-föderalistische Liste, 18 104 Deutsch-hannoveraner, 18 199 Kommunisten, 87 518 deutscher Wirtschaftsbund für Stadt und Land. Unter Hinzurechnung der Abgeordneten aus den Abstimmungsgebieten ergibt sich, daß der neue Reichstag insgesamt 460 Abgeordnete zählen wird. Die Mandatsverteilung ergibt mit dieser Zurechnung folgendes Bild: Sozialdemokratische Partei 110, Zentrum 67, Demokraten 45, christliche Föderalisten 21, deutsch-nationale Volkspartei 65, deutsche Volkspartei 61, unabhängige Sozialdemokratie 80, Kommunisten 2, bayerischer Bauernbund 4, Deutsch-hannoveraner 5.

Das Wahlergebnis in Hessen-Nassau.

Wiesbaden, 8. Juni. (W.-B.) Amtliches Wahlergebnis des Regierungsbezirks Wiesbaden: Deutsche Volkspartei 101 857, Deutschnationale 57 649, Zentrum 120 681, Demokraten 70 680, Sozialdemokraten 151 836, Unabhängige 89 855, Kommunisten 13 55.

Kassel, 8. Juni. (Wolff.) Nach den vorläufigen endgültigen Ermittlungen des Wahlkreisleiters im 21. Wahlkreis Hessen-Nassau entfallen auf die Deutschnationalen 171 033 (2 Abgeordnete), Deutsche Volkspartei 189 174 (3), Zentrum 179 960 (2), Demokraten 111 971 (1), Mehrheitssozialdemokraten 297 842 (4), Unabhängige 138 827 (2), Kommunisten 15 854 (kein Abgeordneter). Es fehlen noch 30 Stimmbezirke, die an dem Ergebnis kaum etwas ändern dürften. Es gilt als sicher, daß die Deutschnationalen und das Zentrum durch die Wahlkreisverbindung mit Hessen-Darmstadt noch je einen Abgeordneten erhalten werden.

1919 wurden abgegeben DD. 265 361 (3), Z. 209 477 (3), E. 494 600 (7), Dn. 110 370 (1), D.B. 80 555 (1), U. 45734 (0).

Regierung und sozialistische Parteien.

Berlin, 8. Juni. Wie die „P. V. N.“ aus führenden sozialdemokratischen Kreisen hören, erscheint entsprechend den Erklärungen des Reichskanzlers Müller im Wahlkampf auch jetzt der Gesamtplan bei der Bildung der Regierung jede Konzeption nach rechts hin ausgeschlossen.

Die Sozialdemokratie hat sich seit der Revolution für das deutsche Volk geopfert und allein ununterbrochen die Verantwortung der Regierungstätigkeit auf sich genommen, weil der Friede unbedingt geschlossen und Deutschland vor dem Zerissenwerden durch seine Feinde geschützt werden mußte. Aber diese Aufopferung der Sozialdemokratie hat ihre Grenze. Jetzt ist kein Friede mehr zu schließen und kein unbedingt zwingender Notstand mehr gegeben. Die Opposition von rechts gegen die frühere Koalitionsmehrheit ist stark gewachsen. Unter diesen Umständen trägt die U. S. P. D. die Verantwortung dafür, ob eine links- oder rechtsgerichtete Regierung im Reich gebildet wird. Die U. S. P. D. muß zeigen, ob sie gewillt ist, das Vertrauen, das die Wähler ihr entgegengebracht haben, durch Taten zu rechtfertigen, oder ob sie unter allen Umständen entschlossen ist, sich auf Reden und Agitation in der Opposition zu beschränken. Im letzteren Falle würde voraussichtlich auch die Sozialdemokratie an der Neubildung nicht teilnehmen. Die U. S. P. D. mag es dann vor dem deutschen Volk verantworten, wenn eine reine Parteiregierung der Rechten im Reich ans Ruder kommt. Die Sozialdemokratie steht jedenfalls nicht an den Ministerposten, im Gegenteil, sie wäre heilfrohd, wenn sie einmal von der Verantwortung für die Leitung des Reiches befreit sein könnte. Es wäre ihr besonders erwünscht, wenn Vertreter einer rechts gerichteten Regierung nach Spa gingen und dort versuchten, was sie bei der Entente durchzusetzen vermöchten. Aber selbstverständlich birgt jeder derartige Versuch die schwersten innen- und außenpolitischen Gefahren für das deutsche Volk in sich. Aber nicht die Sozialdemokratie, sondern die U. S. P. D. hat es in der Hand, diese Folgen eintreten zu lassen oder abzuwehren.

„Es ist als sicher anzunehmen“, so schließen die „P. V. N.“ ihre Information, „daß der Reichspräsident sofort beim Zusammentritt des neuen Reichstages den bisherigen Reichskanzler Müller auffordern wird, die Bildung einer neuen Regierung zu versuchen. Es liegt auf der Hand, daß dieser sich dann zunächst an die U. S. P. D. wenden wird, damit diese einen ihrer Wählerzahl entsprechenden Einfluß in der Regierung erhält und im entsprechenden Maße die Verantwortung übernimmt. Sollte sie das verweigern, so würde wohl Hermann Müller den Auftrag der Kabinettsbildung zurückgeben.“

Reichsfinanzminister Dr. Wirth gegen ein Rechtschwenkung.

Karlsruhe, 8. Juni. In einer Ansprache, die Reichsfinanzminister Dr. Wirth am Abend des Wahltages in Freiburg hielt, sagte er u. a., eine Rechtschwenkung des Staates sei abzulehnen, weil dies ein Unglück für das Vaterland bedeute. Die Mehrheitssozialisten ständen jetzt vor der Entscheidung, ob sie demokratische oder radikale Politik treiben wollten. Das erstere sei nur möglich, wenn auch beim Zentrum aufrichtige ehrliche demokratische Politik getrieben werde. Auf das Wort des Zentrums müsse sich jede Partei verlassen können. Er verkenne nicht, daß eine reaktionäre Welle über Deutschland hinweggehe. Dr. Wirth erörterte dann die Möglichkeit einer Verbreiterung der Basis der Koalition z. B. durch den Beitritt der deutschen liberalen Volkspartei, die von der Sozialdemokratie abgelehnt werde, da sie zu einer Spaltung dieser Partei zu führen geeignet sei und zu einer Verstärkung der Unabhängigen. Das Zentrum sei bereit, als starker

Edpfeiler auch in Zukunft dem Vaterland zu dienen.

Französische Blätterstimmen.

Paris, 8. Juni. (Wolff.) Die Pariser Presse verfolgt mit gespanntester Aufmerksamkeit die Reichstagswahl. „Echo de Paris“ glaubt, daß Deutschland eine starke Regierung brauche, die sich Gehorsam erzwingen könne. Das deutsche Volk von morgen sei aber ebenso unfähig, eine solche zu bilden wie das deutsche Volk von gestern. „Petit Parisien“ ist der Ansicht, daß die jetzige deutsche Regierung wohl mit einer schwachen Mehrheit ihren Platz behaupten könne und so die alten Minister auf ihren Posten blieben. Ihre Lage sei aber auf alle Fälle durch das starke Anwachsen der Opposition äußerst schwankend. „Homme Libre“ sagt, daß die neue Regierung ebenso wenig in der Lage sein werde, die Forderungen des Friedensvertrages zu erfüllen wie die bisherige. Die Zeit arbeite nicht für die Verbündeten. „Humanité“ meint, die Abstimmung sei wieder eine Bestätigung der Macht des Proletariats und des wahren Sozialismus.

Der Markkurs und die Wahlen.

Das Ergebnis der Abstimmung am 6. Juni steht noch nicht ganz fest, aber in den Einzelheiten ist der Zug nach rechts und links — auf Kosten der Regierungsparteien — mit gewaltigen Ziffern in die Erscheinung getreten. Für den Markkurs im Ausland bedeutet diese Verschiebung vorerst nur eine unklare Lage, zumal noch abzuwarten bleibt, ob die anzunehmende Radikalisierung der sozialdemokratischen Wähler sich mit unserer weiteren Entwicklung zur Arbeit verträgt. Diese letzte Erwägung dürfte gegenüber dem günstigen Eindruck des Anschwellens der Stimmen für den bürgerlichen Wiederaufbau bremsend eingewirkt haben mit dem Resultate einer mäßigen Abschwächung des Markkurses. In Zürich ermäßigte sich die Mark von 13.85 auf 13.55 und an den deutschen Börsen erhöhten sich die Kurse für fremde Zahlungsmittel, die mittags noch auf dem Samstagstande verblieben waren, etwas: Holland von 1400 auf 1500, Paris von 312 auf 320, London von 157 auf 162 und der Dollar von 40 auf 41.

Deutsche Note wegen Ueberlassung von Schiffsraum.

Berlin, 8. Juni. (Wolff.) Die deutsche Regierung, die, wie bekannt, bereits wiederholt bei der Entente wegen Belassung des für die deutsche Wirtschaft unbedingt nötigen Schiffsraumes vorstellig geworden ist, hat neuerdings der Reparationskommission in Paris folgende Note überreichen lassen:

Die deutsche Regierung hat in der Note vom 3. 5. um Belassung von Schiffsraum. Die darin enthaltenen Anträge stellten das Minimum dar, welches gefordert werden muß, um das deutsche Verkehrsleben zur See aufrecht erhalten zu können. Die deutsche Regierung ist dabei davon ausgegangen, daß in Ausführung des Friedensvertrages von 325 000 Tonnen im Bau befindlicher Schiffe bei der Fertigstellung durch Deutschland jedenfalls 145 000 Tonnen Deutschland zufallen würden. Dieser Erwartung entsprechen die Verhandlungen in London nicht. Es wurden dort Deutschland nur 100 000 Tonnen, und zwar auch nur Schiffe mit geringem Fertigstellungsgrad, zugestanden. Da der Maritime Service weitere deutsche Anträge ablehnte, sah sich die deutsche Regierung genötigt, dieses Angebot anzunehmen. Infolgedessen mußte sie die jetzt in der Note vom 3. 5. gestellten Anträge erweitern. Wenn sie trotzdem hiervon abstiehe, so tut sie es in der festen Erwartung, daß die Reparationskommission nunmehr dem Antrag auf Belassung von Schiffsraum ungekürzt stattgeben und eine Entscheidung so schnell wie möglich treffen wird. Deutscherseits ist die Voraussetzung, von welcher die Reparationskommission die Prüfung des Antrages abhängig gemacht hat, nach besten Kräften erfüllt worden. Von den abzuliefernden Schiffen wurde

bereits eine beträchtliche Anzahl nach dem Hirth of Korth gebracht. Die Reparationskommission wird daher um tunlichst umgehende Entscheidung gebeten.

Bearbeiten für ein Arbeitsgesetzbuch.

Der aus einer Anzahl von sozialpolitisch führenden und bekannten Persönlichkeiten zusammengesetzte Ausschuss zur Ausarbeitung des Entwurfs eines Arbeitsgesetzbuches ist am 28. und 29. Mai unter der Leitung des Ministerialdirektors Siebert im Reichsarbeitsministerium zu Beratungen zusammengetreten. Bearbeitet werden die Entwürfe einer Schlichtungsordnung, eines Arbeitsgerichtsgesetzes, eines Heimarbeitsgesetzes, eines Hausdienstgesetzes und eines Tarifvertragsgesetzes, sowie mehrere Sonderabschnitte des allgemeinen Arbeitsvertragsrechts. Diese Entwürfe sollen vorweg erledigt und später in das Gesetzwerk eingearbeitet werden. In Aussicht steht ein Gesetz über Arbeitsbehörden. Die Beratungen betrafen hauptsächlich die Erörterung der vorliegenden Vorentwürfe, insbesondere eines Arbeitsnachweisgesetzes und eines Tarifvertragsgesetzes. Auch wurden die Beziehungen zum internationalen Arbeitsrecht mit Rücksicht auf die von der Hauptversammlung des internationalen Verbandes der Arbeit im Oktober und November 1919 in Washington gefassten Beschlüsse erörtert.

Am 11. Juli Abstimmung in Ostpreußen.

W.-B. meldet aus Allenstein: Der deutsche Reichs- und Staatskommissar für das ostpreussische Abstimmungsgebiet Allenstein teilt mit, daß die interalliierte Kommission soeben folgende Verordnung erließ: Aufgrund der Artikel 94 und 95 des Vertrages von Versailles vom 28. Juni 1919 und aufgrund des Artikels 1 des Abstimmungsreglements vom 14. April 1920 wird Sonntag, den 11. Juli 1920 als Tag der Abstimmung im Regierungsbezirk Allenstein und im Kreis Oletzko festgesetzt.

Spaa.

Einem Vertreter des „Echo de Paris“ erklärte Millerand, daß tatsächlich die Konferenz von Spaa auf Anfang Juli verschoben werde. Nach dem „Journal“ glaubt man, daß die Zusammenkunft in der zweiten Julihälfte erfolgen werde. Die englische und französische Regierung hätten die Verschiebung vorgeschlagen und man zweifle nicht daran, daß die italienische Regierung zustimmen werde.

Brüssel, 8. Juni. (W.-B.) Savas meldet, daß, nachdem Millerand der Verschiebung der Konferenz von Spaa zugestimmt habe, diese nunmehr am 5. Juli stattfinden wird. Ihr wird eine Konferenz der Premierminister der alliierten Staaten vorangehen, die am 2., 3. und 4. Juli in Brüssel abgehalten wird.

Amnestie für deutsche Staatsangehörige.

Paris, 8. Juni. (W.-B.) Nach Mitteilungen des „Matin“ wurde durch den Direktor der Militärjustiz angeordnet, sofort alle deutschen Staatsbürger, die nach dem 10. Januar 1920 verhaftet wurden, in Freiheit zu setzen, einerlei, unter welcher Anklage sie ständen, und wieweit die Voruntersuchungen fortgeschritten seien. Eine Revision des Strafverfahrens gegen die vor dem 10. Januar verhafteten deutschen Staatsbürger soll später erfolgen.

Keine Sonderbesteuerung in der Schweiz.

Bern, 8. Juni. Der Zentralvorstand der Schweizer freisinnig-demokratischen Partei, der größten Partei der Schweiz, hat beschlossen, die Einführung einer Sonderbesteuerung der Ausländer in der Schweiz abzulehnen.

Die Spannung zwischen Finnland und Schweden.

Die Spannung, die schon seit einiger Zeit zwischen Schweden und Finnland wegen der Ålandfrage besteht, ist nach den letzten Ereignissen auf Åland so groß geworden, daß eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern im Bereich der Möglichkeit liegt. Die Frage der Ålandinseln ist eine der Komplikationen, die der Krieg erzeugt und deren Erledigung die Friedenskonferenz bisher immer wieder aufgeschoben hat. Während des Weltkrieges war die Ålandfrage sozusagen der springende Punkt der auswärtigen Politik Schwedens, für dessen Neutralität sie eine starke Belastungsprobe darstellte, solange Rußlands militärische Macht ungeboren war und die Befestigungen, die es unberechtigtweise auf diesen Inseln angelegt hatte, von Schweden als eine ständige Bedrohung betrachtet werden konnten.

Die Ålandinselngruppe im Bottnischen Meerbusen, die seit 1809 zu Rußland gehört hat, wird seit der Selbstständigkeitserklärung Finnlands im Dezember 1917 von diesem beansprucht. Aus leicht verständlichen Gründen besteht man jedoch in Schweden darauf, daß die Ålandfrage damit nicht einfach gelöst ist, sondern daß die Souveränität über diese wichtige Inselgruppe, deren Bevölkerung ein durchaus schwedisches Gepräge trägt, als eine „offene Frage“ zu behandeln sei und daß den Åländern Gelegenheit gegeben werden müsse, sich durch eine Volksabstimmung über die Zugehörigkeit Ålands auszusprechen.

Stockholm, 8. Juni. Infolge der Zuspitzung der Lage hat sich die schwedische Regierung entschlossen, die Mitglieder des schwedischen Reichstages zu einer vertraulichen Sitzung in den nächsten Tagen zu berufen. Die Teilnahme an der für Ende des Monats in Helsingfors anberaumten Pressekonferenz ist von Schweden abgelehnt.

Vokalnachrichten.

Idstein, den 9. Juni 1920

— Frost im Juni. Der Juni läßt sich bisher durchaus nicht so an, wie sein poetischer Beinamen eigentlich erwarten lassen sollte. In der Nacht von Montag auf Dienstag ging die Temperatur derart zurück, daß an vielen Stellen unserer und auch der Nachbargemeinden Bohnen, Gurken, Kartoffeln usw. erfroren. In der letzten Nacht war es ja wieder bedenklich kühl, bis zum Kältegrad jedoch sank das Quecksilber nicht.

— Besitzwechsel. Herr Heinrich Kappus Jr verkaufte eines seiner in der Bahnhofstraße (Nr. 20) belegenen Häuser an Herrn Tiefbauunternehmer Kolzom-Riederfelders. Kaufpreis 35 000 Mark.

— Die Sommerferien für die hiesige Volks- und Realschule fallen in die Zeit vom 18. Juli bis 7. August.

— Schöffengerichtssitzung vom 1. Juni. 1) Steinbauer C. G. aus Wiesbaden war mit richterlichem Strafbefehl wegen Ausfuhr von Mehl, Brot und Kartoffeln aus diesseitigem Kreis mit 60 M Geldstrafe belegt worden und hatte hiergegen Einspruch erhoben; derselbe wurde verworfen. 2) Gegen den Müller W. W. in Wörsdorf war unter der Beschuldigung 230 Pfund Weizenmehl an einen Kaufmann in Frankfurt ohne Brotkarten abgegeben zu haben, mit Strafbefehl eine Geldstrafe von 500 Mark durch amtsgerichtlichen Strafbefehl festgesetzt worden, wogegen er Einspruch erhob, der auch Erfolg hatte, denn es wurde auf Freisprechung erkannt. 3) Weil sie bei der von den Gendarmeriewachmeistern im Auftrage des Landrats im Dezember 1919 bzw. anfangs Januar 1920 vorgenommenen Revision der Kartoffelbestände insofern wissentlich unrichtige Angaben gemacht, als sie Kartoffeln verheimlicht hatten, waren richterliche Strafbefehle erlassen worden gegen: 1. Landmann W. St. von Hestrich mit einer Geldstrafe von 5500 M, 2. Landmann A. J. von da mit 1200 M, 3. die Ehefrau des Landmannes Joh. Ph. C. U. von da mit 2600 M, 4. Landmann C. K. von da mit 800 M, 5. Landmann H. Schw. von Kettenschwalbach mit 800 M, 6. dessen Ehefrau mit 3800 M. Bei Festsetzung dieser Strafen war die Verordnung über Kartoffelversorgung vom 18. 7. 18. maßgebend, die bestimmt, daß, wenn Kartoffeln verheimlicht werden, die Strafe mindestens den 20-fachen Wert derselben betragen muß. Sämtliche Beschuldigte hatten gegen diese Strafbefehle Einspruch erhoben; sie wurden aber alle nach stattgehabter Beweisaufnahme freigesprochen. Der Amtsanwalt hatte, mit Ausnahme der Beschuldigten C. K. und H. Schw., die Aufrechterhaltung der Strafbefehle beantragt.

np. Tagung der Bezirksynode. Die Bezirksynode des Bezirks Wiesbaden hatte sich in der außerordentlichen Tagung, die vom 1. bis 4. Juni in Wiesbaden stattfand, mit 4 Vorlagen zu befassen, mit dem Entwurf eines Kirchengesetzes zu dem Landeskirchentag, der über die neue Verfassung beraten soll, mit dem Antrag auf Wahl eines Vertrauensrates, mit der Erhöhung der Umlagen der Kirchengemeinden zum Evang. Zentralkirchenfonds und mit dem Entwurf eines Kirchengesetzes betr. die Erhebung von Kirchensteuern. Die beiden letztgenannten Vorlagen fanden einstimmige Annahme durch die Synode, die Errichtung eines Vertrauensrates wird von der Synode auf Antrag des Verfassungsausschusses für überflüssig erklärt. Punkt 1 der Tagesordnung erfordert sehr eingehende Kommissionsberatungen am Mittwoch und Donnerstag und findet erst in der dritten Plenarsitzung seine Erledigung. Die Synode entscheidet sich für die Einteilung des Bezirks in acht Wahlkreise und erhofft, daß die Einteilung es gestattet, die Minoritäten gebührend zu berücksichtigen. Die acht Kreise setzen sich wie folgt zusammen: 1. Wiesbaden Stadt und Langenschwalbach; 2. Wiesbaden Land und Wallau; 3. Cronberg; 4. Homburg-Ilfen-Idstein-Kirberg; 5. St. Goarshausen-Rassau-Nastätten-Diez; 6. Weilburg-Runkel-Selters-Marienberg; 7. Herborn; 8. Biedenkopf und Gladenbach. Die acht Kreise wählen zusammen 75 Abgeordnete, ein Drittel davon Geistliche, auf Grund der Verhältnismäßigkeit nach den Grundbesätzen zur Nationalversammlung; es wählen die Kreise in der oben angeführten Reihenfolge 13, 8, 9, 9, 11, 8, 8 Abgeordnete. Die Wahl erfolgt durch Urwahlen, den Frauen ist das gleiche Wahlrecht wie den Männern gegeben. Das Wahlalter für aktives und passives Wahlrecht ist auf das 25. Lebensjahr festgesetzt. Der Kirchentag wird im Herbst zusammengetreten.

— Die Handelskammer zu Wiesbaden teilt mit: Interessenten, die ausländische Waren, für welche die nachträgliche Einfuhrbewilligung erteilt war, oder mit Einfuhrbewilligung der maßgebenden Stellen eingeführte Waren nach dem unbefestigten Gebiet versenden wollten, mußten seit her ihre Frachtbrieife an den Delegierten des Reichsbeauftragten für die Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr, Köln-Ehrenfeld, Ruffbaumerstraße 19, senden. Dieser Weg ist nunmehr wesentlich vereinfacht, da die in Wiesbaden vor kurzem errichtete Verkehrsstelle der Reichskontrolle zur Abstempelung der Frachtbrieife ermächtigt ist. Die Frachtbrieife sind zweckmäßig vormittags zwischen 8—9 Uhr vorzulegen und können alsdann zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags, Sonnabends zwischen 1 und 2 Uhr, wieder in Empfang genommen werden. Sprechstunden des Leiters der

Verkehrsstelle, Herrn von Köster, sind vormittags von 10 bis 11 Uhr. Die Gebühr für die Abstempelung der Frachtbrieife beträgt je eine Mark. Die Geschäftsstelle befindet sich in Wiesbaden, Luisenplatz 31.

— Erdbeben. In der v. Rheinischen Erdbebenkarte des Taunusobservatoriums auf dem Heltberg wurde am Samstag früh ein katastrophales Erdbeben registriert. Die ersten Vorläufer traten um 5 Uhr 33, die zweiten Vorläufer um 5 Uhr 44, die Hauptwellen etwa um 6 Uhr ein. Erst nach 8 Uhr waren die Seismographen wieder in Ruhe. Die Verdriftung beträgt etwa 9600 Kilometer; der Erdbebenherd liegt vermutlich in Mexiko.

Aus nah und fern.

e. Oberauroff, 8. Juni. (Verspätet.) Wahlresultat: 17 Demokraten, 11 Deutsche Volkspartei, 11 u. e. P. und 9 Mehrheitssozialisten.

Erbenheim, 5. Juni. Die Gemeindevertretung hat Diäten für die Gemeindeförperschaften nunmehr auf 250 Mark pro Jahr für die Schöffen und 150 Mark für die Vertreter festgesetzt.

Wiesbaden, 5. Juni. Wenig Sinn für Jagd, Kunst und kulturhistorische Dokumente verrät der neue Pächter des Jagdschlusses Platte, der von der Besitzerin, der Stadt Wiesbaden, die Entfernung der darin untergebrachten Jagdbilder und der kostbaren Geweihsammlung fordert. Gerade diese unvergleichlichen Inventarstücke bildeten doch für viele Besucher des Jagdschlusses den Hauptanziehungspunkt. Letzteres soll auch fernerhin als Fremdenpension dienen.

h Cronberg, 7. Juni. Der Kultusminister hat die Umwandlung der hiesigen Konfessionschule in eine Simultanschule angeordnet. Damit verschwindet die letzte Konfessionschule Nassaus.

h Griesheim a. M., 8. Juni. Der langjährige Direktor der hiesigen Chemischen Fabrik Elektron, Dr. ing. Ignaz Strosch, ist nach einem arbeitsvollen Leben im Alter von 82 Jahren aus dem Dienst des Werkes geschieden.

h Frankfurt a. M., 7. Juni. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß Leute vor Gericht gegen die gegnerischen Rechtsanwälte tätlich vorgehen. Heute ging im Miteinigungsamt ein angesehener Hausbesitzer mit einem Stuhl auf den Rechtsanwalt der Gegenpartei los. Er wurde dafür mit 200 Mark bestraft. Dem Verurteilten wurde zugute gehalten, daß er durch das aggressive Verhalten und die unwahren Äußerungen des Anwalts gereizt worden sei.

h Frankfurt a. M., 8. Juni. Die ungeheuren Preisschwankungen lassen die Ausführung von Aufträgen, die vor dem Kriege oder vor der Revolutionszeit erteilt worden sind, zur Unmöglichkeit werden. Infolgedessen sind gegen einzelne Werke, besonders Automobilfabriken, von Auftraggebern viele Prozesse wegen Nichterfüllung der Aufträge und Auftragsbedingungen angestrengt worden. In einem Prozeß, der jetzt vor der hiesigen Kammer für Handelsachen zum Austrag kam und wobei festgestellt wurde, daß bei den fortgesetzten Preissteigerungen, Inlandsaufträge einfach unausführbar seien, kam man zu der Ansicht, daß derartige Streitigkeiten besonderen Schiedsgerichten unterbreitet werden sollen, da die ordentlichen Gerichte hierfür nicht mehr zuständig seien. Diese Auffassung haben sich bereits der Reichsarbeitsminister und der württembergische Minister zu eigen gemacht.

h Frankfurt a. M., Im Sommer und Herbst 1919 wurden in Hessen-Nassau ungezählte große Viehdiebstähle ausgeführt. Eine umfassende Untersuchung der beteiligten Polizeibehörden ermittelte als Täter und Helfer schließlich 30 Personen, darunter mehrere Direktoren von Krankenanstalten, die das Fleisch für ihre Betriebe erworben hatten. Als Haupttäter kamen mehrere Stallschweizer hessischer Hofgüter, eine Anzahl Metzger und Metzler in Betracht, u. a. auch der Pferdemezger Philipp Jamin aus Oberursel in Betracht. Den Ermittlungen zufolge hat die Gesellschaft folgende Viehdiebstähle ausgeführt: Gut Leustadt bei Stodheim (Oberh.) eine Kuh, Hofgut Güll (Oberh.) 10 Schweine, Gut Stubenwald bei Bensheim zwei Ochsen, Strahlenheim bei Weinheim neun Schweine, Gut Engelthal bei Altenstadt (Oberh.) zwei Kühe, Gut Hühnerhof bei Gelnhausen vier Kühe, Gut Haffel bei Bad Nauheim drei Kühe, Heilanstalt Herborn zwei Ochsen, Hohenwald bei Oberhessstadt drei Kühe, Rehbach bei Michelstadt i. O. eine Kuh, Gut Mariaball bei Spremslingen vier Kühe. In allen Fällen wurden die an Ort und Stelle getöteten Tiere auf Lastautos fortgeschafft, in den meisten Fällen zu Jamin nach Oberursel, der das Fleisch dann zu hohen Preisen verkaufte. Bei der Heimfahrt von dem Viebraube in Mariaball wurde die Räuberbande abgefaßt und verhaftet. Damit hatten die aufsehenerregenden Viehdiebstähle ein Ende erreicht. — Heute begann vor der hiesigen Strafkammer der auf 4 bis 5 Tage berechnete Prozeß gegen die Gesellschaft. Als Zeugen sind 25 Personen und eine Anzahl Sachverständiger geladen. Der Führer des Autos, mit dem das Vieh herangeholt wurde, ist flüchtig gegangen und hat seine Kaution von 5000 Mark im Stich gelassen.

h Bad Ems, 7. Juni. Der erst vor einigen Tagen nach hier versetzte Kreisarzt Dr. Mümmann stieg auf dem Bahnhof aus der falschen Zugseite

aus, glitt dabei aus und kam unter die Räder, die ihm beide Beine abfuhr.

Bingen, 5. Juni. Um 1/2 1 Uhr drangen, als sich drei Beamte zum Abfertigen des Nachtzuges nach dem Bahnhof begeben hatten, in das hiesige Postgebäude vier verummte Männer ein, überwältigten den dort diensttuenden Oberpostkassierer und raubten drei Geldkisten mit insgesamt 224 800 Mark Inhalt, um alsbald wieder zu verschwinden. Die Täter sind mittels Nachschlüssels vom Garten in das Postgebäude eingedrungen. In der Nähe der Eilgutabfertigung scheint den Räubern die größte Kiste zu schwer geworden zu sein, denn heute früh wurde dort von einem Bahnbeamten die Kiste mit 200 000 Mark unversehrt aufgefunden. Die beiden übrigen Kisten mit 24 800 Mark fehlen noch. Der auf die Spur gefasste Polizeihund verfolgte die Spur bis zum Bahnhof Bingerbrück. Nach der ganzen Art der Ausführung des Raubes scheint es sich um ortsunkundige Personen gehandelt zu haben.

Aus dem Rheingau, 6. Juni. Die Entschädigungen für die durch das letzte Hochwasser besonders hart mitgenommenen Rheingaugemeinden werden zurzeit durch die Reichsbehörden ausgezahlt. Zu den aus Reichs- und Staatsmitteln bereits verteilten 29 000 Mark sind jetzt weitere 37 000 Mark gekommen. Dieser Betrag soll in der Weise unter die in Betracht kommenden Gemeinden verteilt werden, daß vorerst nur in den allerdringendsten Fällen den Geschädigten Beihilfen geleistet werden. Weitere Zuwendungen werden erwartet. Mit den ausgezahlten 66 000 Mark ist etwa ein Fünftel des Gesamtschadens in den Rheingauorten gedeckt.

Aus dem Rheingau, 8. Juni. Die Heuernte ist im ganzen Rheingau in vollem Gange. Die erste Ernte liefert einen äußerst befriedigenden Ertrag. Die Gräser stehen hoch, mastig und dicht; auf den Morgen werden durchschnittlich 60—70 Zentner Heu geerntet. Die zurzeit stattfindenden Heugrasversteigerungen sind sehr von Käufern befüllt, und hohe Preise werden erzielt. Für den Morgen werden 3000—3500 Mark gelöst. Der Zentner Heu kommt durchschnittlich auf 30—45 Mark zu stehen.

Aus Rheinhessen, 6. Juni. Die kühle Witterung, die seit einigen Tagen überall eingekehrt hat, kommt den rheinischen Weinbauern sehr un gelegen. Die Trauben stehen vor der Blüte, können aber nicht rasch durch diese hindurchgehen. Nach alter Erfahrung bedeutet ein langwieriger Verlauf der Rebenblüte in der Regel einen großen Nachteil für die Weinernte.

Darmstadt, 6. Juni. Den Tod an der Wahlurne erlitt heute vormittag im Wahllokal Turnhalle Ederstraße der 72jährige Prof. Nebmeyer von hier. Gerade hatte der alte Mann seinen Stimmzettel abgegeben, als er von einem Herzschlage getroffen zusammenstürzte. Der Tod trat wenige Minuten darauf ein.

Worms, 6. Juni. Der 24jährige Bahnarbeiter Kettner aus Worms war an der Station auf der Höhe eines elektrischen Mastes beschäftigt, als er anscheinend vom elektrischen Starkstrom erfaßt wurde. Der Mann stürzte vom Mast herab und war sofort tot.

Von der Nahe, 4. Juni. Nachdem der Weinhandel seit einigen Wochen fast gänzlich ruht, ist ein merklicher Preisanstieg eingetreten. Die seit herige Zurückhaltung bei den Wintern hat aufgehört. Der Handel kauft jedoch nur das Nötigste, um weitere Preissenkungen herbeizuführen.

Büdingen, 7. Juni. Zu der Erschießung eines Mannes im hiesigen Walde durch einen Forstbeamten stellte die Forstbehörde entgegen anderslautenden Meldungen fest, daß der Erschossene nicht ein „harmloser Wandersmann“, sondern ein mit Schußwaffen wohl ausgerüsteter Wilderer war, der gemeinsam mit anderen Personen wilderte und sich dabei sogar eines leichten Maschinengewehres bedient hat, auch bei dem Feuergefecht mit den Förstern.

Pirmasens, 8. Juni. (W.-B.) Wie wir hören, trafen vier Delegierte des Reichsministeriums ein, um mit den städtischen Behörden und den Industriellen über die Verminderung der Arbeitslosigkeit und die Wiederaufnahme der Arbeit zu verhandeln. In der letzten Woche stieg hier die Zahl der Arbeitslosen auf 6000 Mann.

Trier, 7. Juni. Die große ehemalige Pionierkaserne wurde ein Raub der Flammen. Bedeutende Vorräte an brennbaren und feuergefährlichen Stoffen, die einen großen Wert repräsentieren, verbrannten. Die Entstehungsurache des Brandes ist unbekannt.

Klingenthal (Vogtland), 8. Juni. Vom 9. bis 11. Juni findet hier zum erstenmal nach dem Kriege ein internationaler Kongreß der Baumwollindustriellen statt. Es werden 14 Staaten mit 130 Abgeordneten teilnehmen. Die Verhandlungen werden sich in der Hauptsache mit dem Valutaproblem, der Baumwollkultur, der Unterstützung der Baumwollindustrie und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in dieser Industrie beschäftigen.

Die Särge Goethes und Schillers beraubt. Unbekannte Einbrecher drangen in die Fürstengruft auf dem alten Friedhof in Weimar ein und beraubten die Särge von Goethe und Schiller und des Großherzogs Karl Alexander. Es fehlen goldene und silberne Kränze. Nach den Einbrechern wird eifrig gefahndet.

„VULKAN“ Chem. techn. Ges. m. b. H. WIESBADEN

Herrngartenstrasse 17

Tel. 1822 — Telegr.-Adr. „Vulkan“

liefert direkt an Selbstverbraucher jedes Quantum

Treibriemen · Transmissionen · techn. Gummiwaren

ferner von 20 Kilo an

Maschinenöle : Dreschmaschinenöle : Autoöle : Cylinderöle : Spindelöle
Nähmaschinenöle : Vaselineöle : Maschinenfette : Hu- und Wagenfette.

Verlangen Sie Probesendungen.

Großes Preisfesteln.



Das von dem Arbeiter-Radfahrer-Verein Wörsdorf abgehaltene Preisfesteln währet noch 3 Sonntage. Das Schlußfesteln findet am 27. d. Mts. unwiderruflich statt. Es ladet ein

Der Vorstand.

Reichsbund Ortsgruppe Bermbach

Am Sonntag, den 13. Juni, findet im Lokal des Herrn Aug. Schubach ein

Unterhaltungsabend

statt, zu dem wir die Einwohner von Bermbach und Umgegend freundlichst einladen.

Programm:

1. Gesang (An die Heimat).
2. Ansprache.
3. Pieske auf der Kohlenuche.
4. 's Lumpenlied.
5. Der Gedächtnis.

— Pause —

6. Lehmanns Heimkehr vom Schwimmfest.
7. Gesang.
8. Die verfolgte Unschuld.
9. Der billige Jakob aus Tirol.
10. Solotanz mit Riefchen.

Eintrittspreis 2 Mark.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Die Reinertrag findet für bedürftige Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene Verwendung.

Der Vorstand.

Achtung! Achtung! Große Kriegerwaisen- Lotterie

Ziehung 16. u. 17. Juni 1920

Gewinnkapital: 100,000 M.

Hauptgewinn: 50,000 M.

Hauptgewinn: 10,000 M.

Lose empfiehlt und versendet zum Preise von M. 3.60, auch gegen Nachnahme

Hubert Börsch
Altona (Elbe), Hauptpost
Preussische Lotterie-Einnahme

Für Losehändler billigste Bezugsquelle, sämtliche Lose zu Tagespreisen.

Ein Paar Werktagshalbschuhe, Gr. 38, Maßarbeit, zu verkaufen. Näheres bei Fr. Poths 2r, Wallrabenstein u. Lachenmeyer, Idstein.

LOEWEN-LICHTSPIELE



Henny Porten

ID STEIN

Samstag, d. 12. u. Sonntag, d. 13. Juni, abends 8 Uhr:

Valer wider Willen

Lustspiel in 3 Akten mit P. Heidemann

Die lebende Tote

Schauspiel in 5 Akten mit Henny Porten aus der Film-Serie 1920/21.

Jugendliche unter 17 Jahren
— haben keinen Zutritt. —

Eingang nur Löhergasse.

**Prima
Schweine-
Schmalz**
Pfund Mk. 19.—
Cölner Consum
Himmels-gasse 14.



der wirkliche Kohlen-
Schuh, gar. 4-fach, halt-
bar, elast., schützt die
Sohle vor Durchl., im-
prägn. die Sohle und
läßt weder Kälte noch
Nässe durch.
Erprobt und bewährt.
In haben i. d. einzig. Gesch.
Dobal-Werke,
Wiesbaden.
— Vertreter gesucht. —

Geschäfts-Empfehlung!

Nach Aufgabe meiner Stellung empfehle ich mich den geehrten Einwohnern von Idstein und Umgebung im Anfertigen von Herren- u. Knabenkleidern, sowie allen Schneiderarbeiten. Ich arbeite auch außer dem Hause, hier und auswärts.

Konrad Vogel, Schneidermeister,
Obergasse 27 II. St., Haus nach der Kirchgasse.

Margarine.

Für die Zeit vom 7. Juni bis 4. Juli auf Fettkarte Nr. 196 je 1 Pfund in den Geschäften von: Heuchemer, Wiltb. Kornacher, Ott, Dietrich, Witt, Grünebaum, Huster, Münster, Wiesbadener Konsumverein. Preis per Pfund M 9,25.

Bohnen.

Ab Freitag dieser Woche auf Lebensmittelkarte 70 je 1 Pfd. in den Geschäften von: Heuchemer, Lang, Grünebaum, Zahnstein, Dietrich, Münster, Reder, Ad. Kornacher, Huster, Pfaff, Bachmann, Wiesbadener Konsumverein, Witt, Wiltb. Kornacher, Stephan, Ott. Preis per Pfd. M 1,95.

Schmalz

auf Fettkarte 193 je 300 Gr., kann im Geschäft von Stephan noch abgeholt werden. Preis per Pfund M 15,50.

Krankenmehl

ist wieder eingetroffen und kann im Geschäft von Ad. Kornacher Wwe. abgeholt werden. Preis per Pfund M 1,48.

Berichtigung.

Da die lt. Ausschreiben vom 4. d. Mts. für Butter bestimmte Fettkarte Nr. 190 von den Inhabern zum größten Teil vernichtet ist, so gilt von jetzt ab die in dieser Woche zur Ausgabe gelangte Fettkarte Nr. 195 als Butterkarte, und zwar so lange, bis sämtliche versorgungsberechtigte Personen von Buchstabe A—Z mit Butter beliefert sind. Die Karte Nr. 195 ist daher sorgfältig aufzubewahren.

Umsatzsteuer.

Es sind immer noch Steuerpflichtige mit der Abgabe ihrer Steuererklärung vom 1. Januar bis 31. Dezember 1919 im Rückstande. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Anmeldungen bestimmt bis zum 15. d. Mts. alle hier eingegangen sein müssen.

Bei später eingehenden Anmeldungen wird ein Zuschlag von 10% des Steuerbetrages erhoben werden.

Wo eine Anmeldung nicht eingeht, eine Umsatzsteuerpflicht jedoch besteht, wird schätzungsweise Veranlagung vorgenommen.

Idstein, den 9. Juni 1920.

Der Magistrat. Holstein.

Lebensmittelkommission.

Die Mitglieder der Lebensmittelkommission werden zu der Sitzung am Freitagabend 8 1/2 Uhr im Rathaus eingeladen.

Pfaff, Vorsitzender.

Suche Hausmädchen

zum 1. Juli.
Holstein, Bürgermeister, Hotel Hill.

Tüchtiges, ordentliches

Mädchen

zum 15. Juni gesucht. Näh. im Verlag der Idst. Zeitung.

Nach Köln wird ein tüchtiges, ehrliches

Mädchen

zu 2 Personen (Frau und Sohn) gesucht. Lohn 80 M. Viel Trinkgelber. Bestes Essen u. gute Behandlung. Reisekosten werden vergütet. Näheres im Verlag der Idst. Ztg.

Junges Mädchen

zu 2 Kindern für Mittags gesucht.
Näheres im Verlag der Idst. Ztg.

Maurerlehrling

gegen gute Vergütung gesucht.
Wilhelm Mauer, Bauunternehmer, Eppstein i. T.

Gebr. Regenmantel,

ferner einige junge Hasen zu verkaufen. Näh. im Verlag der Idsteiner Zeitung.

Eine zweischläfrige eichen

Bettstelle mit Sprungr.

gut erhalten, zu verk. Zu erfr. i. Verl. d. Idst. Ztg.

1 Bettstelle

mit Sprungrahmmatratze, 2 Kissen, 1 Deckbett zu verkaufen. Bahnhofstraße 6.

Gebrauchter Herd,

1 Sommerjackett für Mädchen von 12—14 Jahre zu verkaufen. Karl Ehrst, Rodergasse 10.

Ein guterhaltenes

Fahrrad mit gutem Gummi
steht zum Verkauf bei Ferd. Ochs, Walsdorf.

1 Glucke

mit 9 Küken zu verkaufen. Indengasse 9.

Main-Kraftwerke, Aktiengesellschaft Höchst am Main.

Zur glatten Durchführung der Stromversorgung und Abwicklung der Umbauarbeiten in Idstein haben wir eine Trennung der Geschäftsführung vorgenommen.

Herr Bezirksinspektor Jaekel wurde mit der Leitung der Zentrale und allen hiermit in Zusammenhang stehenden Arbeiten betraut.

Der äußere Betrieb sowie der Verkehr mit den Stromabnehmern, Ausführung von Reparaturen und Neuarbeiten in den Häusern und die Auswechslung der Motoren, Zähler etc. ist Herrn Bezirksinspektor Eichhorn übertragen.

Wir bitten unsere verehrten Stromabnehmer diese Einteilung gefl. zu beachten und sich jeweils an die zuständigen Herrn zu wenden.

Die Direktion.

Dankfagung.

Herzlichen Dank allen Denen, welche uns in unserem Leide ihre Teilnahme erwiesen haben.

Im Namen
der trauernden Hinterbliebenen:

Wilhelm Lehr, Direktor.

Idstein, den 9. Juni 1920.

Dankfagung.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer geliebten Mutter sagen wir allen unseren besten Dank. Auch dem Herrn Pfarrer Müller für die tröstenden Worte am Grabe, den Schulkindern für den Gesang und der Schwester Anna für die treue, liebevolle Pflege, sagen wir unseren besten Dank.

Wörsdorf, den 8. Juni 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Hermann Schepp
„ Adolf Wiegand.

Todes-Anzeige.

Hiermit die schmerzliche Mitteilung, daß mein lieber Sohn, unser guter Bruder, Enkel und Nefte

Walterchen

heute vormittag nach kurzem, schweren Leiden im Alter von 5 Jahren sanft entschlafen ist.

Idstein, den 8. Juni 1920.

In tiefer Trauer:

Frau Johanna Kalb Wwe.
und Familie.

Die Beerdigung findet Freitag, nachm. 5 Uhr vom Sterbehause, Lumburgerstraße 4, aus statt.

Ortsbauernschaft Idstein.

Versammlung, Donnerstagabend 8 1/2 Uhr im Hotel „Lamm“.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zum Antrag auf sofortige Auszahlung der Getreideprämien
2. Verschiedenes.

Werner.

300 M Belohnung

demjenigen, der uns die Diebe, welche uns vom 5.—7. Juni im Distrikt Badeweiher Klee gestohlen haben, namhaft macht.

Heinrich Kappus Sr.,

Inh.: Wiltb. u. Hrch. Kappus,
Idstein.

1a Schwemmsteine

hat zum Verkauf stets auf Lager
Kohlenhandlung Munsch, Würges i. T.

1 Dogcart mit Geschirr

(wie neu),

2 sehr schöne Breaks

sofort zu verkaufen. Näheres bei
Christian Schmidt, Wiesbaden, Kellerstr. 33a.

Säumlinge,

die sich zu Bohnenstangen eignen, neis vorrätig bei

Heinrich Kappus Sr.,

Inh.: Wiltb. u. Hrch. Kappus, Idstein.

Jung. Schäferhund

auf den Namen „Barry“ hörend, ent-

laufen. Wiederbringer gute Belohnung.

F. Reininghaus, „zum Löwen“ Idstein.

1—2 hornlose

Schweizerziegen

zu kaufen gesucht. Bedingung: 2—3 Jahre alt

und Garantie für 3—4 Liter Milch pro Tag.

Offerten werden von Schuhmachermeister Haar,

Vorsitzender des Ziegenzuchtvereins Idstein, entgegen genommen.

Ankaufsstelle

Alt-Eisen, Lumpen, Papier, alte Bücher, Wolle, Knochen, Alt-Kupfer, Messing, Zink, Blei, Zinn, Staniol, altes, zerbrochenes Fensterglas kauft zu heutigen Tagespreisen

Heinrich Schmidt, Händler, Idstein,

Wiesbadenerstraße 5.

Kirchliche Nachrichten.

Katholische Kirche zu Idstein.

Freitag, den 11. Juni, Herz Jesu: abends 5 Uhr Andacht zum heiligsten Herzen Jesu mit sakramentalischem Segen.